

Weltchronik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **243 (1970)**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltchronik

(Vom 1. Juni 1968 bis 31. Mai 1969)

Am Ende der letztjährigen Weltchronik wurde darauf hingewiesen, dass die *Tschechoslowakei* Schlagzeilen mache. Die Ablösung des Parteisekretärs Novotny durch Dubcek leitete in der Tat umwälzende, für einen kommunistischen Staat geradezu unerhörte Neuerungen ein. So wurden z.B. die Pressezensur aufgehoben und ein Gesetz erlassen, nach dem politische Opfer des früheren Regimes hätten begnadigt werden können. Sofort nach dem Amtsantritt Dubceks liess sich aber feststellen, dass die führende kommunistische Macht, die Sowjetunion, durchaus nicht gewillt war, die Tschechoslowakei widerspruchslos aus der Reihe tanzen zu lassen. Ein Blick auf die Europakarte zeigt sofort warum: Die Tschechoslowakei bildet mit Jugoslawien, Ungarn und der DDR zusammen für die Sowjetunion gleichsam den Puffer zwischen dem Westen mit seinen unangenehmen freiheitlichen Ideen und dem Mutterland des straffgeführten kommunistischen Imperiums, aber auch dessen am weitesten nach Westen ausgestreckten Fühler. Schon anfangs Juni wurden deshalb als Machtdemonstration Manöver der aus den kommunistischen Ländern bestehenden Warschaupaktstaaten an der tschechischen Grenze durchgeführt. In einem Treffen der Regierungen der Warschaupaktländer in Moskau Mitte Juli wurden die tschechischen Reformen verurteilt, wobei es interessant ist, dass neben der Tschechoslowakei auch Rumänien und Jugoslawien durch Abwesenheit glänzten. Ende Juli und anfangs August glaubten Optimisten bereits, es lasse sich zwischen den tschechischen Freiheitsbestrebungen und dem russischen Führungsanspruch ein Kompromiss schliessen. In zwei Konferenzen in Cierna na Tisou und Bratislava schien tatsächlich für oberflächliche Beobachter ein Ausgleich der Gegensätze gelungen zu sein. Am 21. August aber liessen die Warschaupaktstaaten ihre Maske fallen: Truppen aus der Sowjetunion, Ungarn, Bulgarien, Polen und der Deutschen Demokratischen Republik marschierten in die Tschechoslowakei ein und be-

setzten alle wichtigen Knotenpunkte. Wer den Einmarsch der Deutschen im Jahre 1938 in Österreich und dann die Annexion der Tschechoslowakei durch Hitler 1939 miterlebt hatte, fühlte sich mit einem Schlag wieder in die damalige Zeit des Wortbruchs, der Lüge und der hinterhältigen Verdrehung von Tatsachen versetzt. Im Gegensatz zu damals aber war die Empörung über den Einmarsch der Russen in die Tschechoslowakei weltweit, und das Prestige der seit einigen Jahren fast ängstlich auf ein Zusammenarbeiten mit dem Westen bedachten Russen erhielt einen schweren Schlag. Namentlich die Jugend merkte auf, und es kam zu Demonstrationen aller Art gegen die sowjetischen Botschaften in Westeuropa. Bloss Zyniker, wie der französische Aussenminister Debré, sprachen von einem Verkehrsunfall, um dessentwillen es sich nicht lohne, den Verkehr zu verbieten. Dass ausgerechnet ein Franzose so reagierte, ist weiter nicht verwunderlich, erlitt doch die Aussenpolitik de Gaulles, die seit langem auf ein Zusammengehen mit der Sowjetunion ausgerichtet war, eine gehörige Schlappe. – Die weiteren Ereignisse in der Tschechoslowakei sind leider bald erzählt. Trotz dem heldenhaften Verhalten grosser Teile der tschechischen Bevölkerung setzte die Sowjetunion Schritt um Schritt ihren Willen durch. Smrkowsky, der Parlamentspräsident, dann ein Teil seiner Freunde und Helfer, schliesslich Dubcek mussten im Laufe der folgenden Monate gehen. Ersetzt wurden sie durch Persönlichkeiten, die der Sowjetunion einigermaßen genehm sind, die aber vielleicht doch nicht als blosse Marionetten der Moskauer Regierung angesehen werden dürfen. Es erwies sich nämlich – wahrscheinlich zur Überraschung der Machthaber im Kreml –, dass das tschechoslowakische Volk von den Segnungen des Kommunismus von Moskaus Gnaden mehr als genug hatte und auf jedes Anziehen der Regierungsschraube sehr sauer reagierte. Die Einstellung der Tschechen gegenüber den Russen kam wohl am eindeutigsten anlässlich der Spiele Tschechoslowakei–Russland an den Eishockeyweltmeisterschaften in Stockholm im Februar zum Ausdruck: Beide Spiele gegen den nachmaligen Weltmeister Russland gewann nämlich die

Tschechoslowakei, was in Prag zu geradezu ungläublichen Freudenszenen führte. Wenn man diese Szenen als Gradmesser für die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen den beiden Völkern nimmt, so ist damit alles über die heutige Lage gesagt.

* * *

Auch *Frankreich* blickt auf ein sehr bewegtes Jahr zurück. Die Maiunruhen, die das Land zu Beginn der Berichtsperiode an den Rand des Bürgerkriegs gebracht hatten, schienen vorerst zu einer Stärkung der Position de Gaulles zu führen. Noch im Juni kam es zwar zu neuen Kundgebungen von Arbeitern und Studenten, doch brachen die Streiks immer mehr in sich zusammen. Die Wahlen vom 23. und 30. Juni brachten de Gaulle eine gewaltige Vertrauenskundgebung. Im Parlament erlangte seine Partei gar die absolute Mehrheit. Es zeigte sich deutlich, dass der Durchschnittsbürger von Chaos

und Streiks mehr als genug hatte und sein Heil in dem starken Mann sah, der schon so manches Mal im entscheidenden Moment die Zügel fest in die Hand genommen hatte. Nach den Wahlen trat der bisherige Ministerpräsident Pompidou zurück. Allgemein vermutete man, de Gaulle lasse ihn in den Schatten treten, damit er dann bei einem allfälligen Rücktritt des General-Präsidenten als sein Nachfolger ins um so hellere Licht treten könne. – In der Folge fing sich Frankreich wirtschaftlich recht gut auf. Zwar war während einiger Wochen das Vertrauen in die Stabilität der Währung sehr geschwunden,

weil der Staat massive Kapitalverluste erlitt. In ganz Europa erwartete man im November eine Abwertung des Francs; einmal mehr verblüffte aber de Gaulle nicht nur seine Landsleute, sondern auch die Finanzexperten der übrigen Länder, in dem er souverän entschied, eine Abwertung komme überhaupt nicht in Frage. Er suchte der Krise mit andern Mitteln Herr zu werden, namentlich durch strenge Bestimmungen zur Verhinderung der Ausfuhr französischer Franken. Hinzu kamen sehr bedeutende Hilfeleistungen in Form von Kapital, die die übrigen Länder Frankreich gewährten. Da die französische Wirtschaft sich, wie erwähnt, sehr gut erholte und Handel und Wandel blühten, schien de Gaulles Stellung am Ende des Jahres gesicherter als zuvor; denn auch die von seinem Erziehungsminister Edgar Faure auf Grund der Maiunruhen ausgearbeitete, recht weitgehende Universitätsreform war



Ludwig von Moos
Bundespräsident für das Jahr 1969
Photopress-Bilderdienst, Zürich

in beiden Kammern des Parlamentes ohne Gegenstimme gebilligt worden. Mit einer Verfassungsänderung wollte nun de Gaulle einerseits den Regionen in Frankreich gewisse Rechte zubilligen, die bisher allein der Regierung in Paris vorbehalten waren, andererseits die zweite Kammer des Parlamentes in Paris, den Senat, entmachten und dadurch die Stellung der Regierung stärken. Wenn es schon ein Risiko war, zwei so widersprüchliche Ziele in einer einzigen Vorlage zu vereinen, so ging de Gaulle noch weiter: Obschon er bis zum Jahre 1972 als Präsident gewählt war, verband er die Vorlage mit der Vertrauensfrage, d. h. also, wer



Charles de Gaulle in einer seiner typischen Posen am Fernsehen
Photopress-Bilderdienst, Zürich

ja stimmte, bestätigte gleichzeitig de Gaulle in seinem Amt, wer dagegen nein stimmte, sprach sich nicht nur gegen die Vorlage, sondern auch gegen das weitere Verbleiben de Gaulles im Amt des Präsidenten aus. Was kaum erwartet worden war, trat ein: Die Vorlage wurde verworfen. De Gaulle hatte zum erstenmal in den 11 Jahren seiner Präsidentschaft den Bogen überspannt. Er hatte hoch gespielt und alles verloren. Man hätte dem Staatsmann, der sich um Frankreich so hoch verdient gemacht hatte, trotz seiner in den letzten Jahren immer mehr vom Starrsinn des Alters geprägten Entscheidungen einen würdigeren Abgang gönnen mögen.

Was nun in Frankreich geschehen wird, wer insbesondere die Nachfolge de Gaulles antreten darf oder muss, das wird sich im Juni entscheiden. Bis heute ist das von de Gaulle immer prophezeite Chaos noch nicht eingetreten, doch lässt sich die Lage gegenwärtig nicht abschliessend beurteilen. Vor den Wahlen will sich niemand

mit unpopulären Massnahmen oder Streiks und Aufruhr seine Chancen verderben. Ist die Wahl einmal vorbei, wird man in der Auslese der Mittel zur Bekämpfung missliebiger Präsidenten nicht mehr so wählerisch sein.

* * *

Die *Vereinigten Staaten von Nordamerika* haben ebenfalls ein ereignisreiches Jahr hinter sich. Am 5. November wurde in einer äusserst knappen Entscheidung der Republikaner Richard Nixon zum neuen Präsidenten und Nachfolger des Demokraten Johnson gewählt. Der landesübliche Kampf der Parteien und Kandidaten, der dieser Wahl vorausging, wurde überschattet durch den Mord an Robert Ken-

neddy, dem Bruder des 1963 ebenfalls ermordeten Vorgängers von Johnson. Robert Kennedy, der unter der Präsidentschaft seines Bruders Justizminister gewesen war, ging am 5. Juni aus den Vorwahlen in Los Angeles als Sieger hervor und wurde während der Feier seines Erfolges von einem Jordanier angeschossen. Er starb am darauffolgenden Tage im Alter von erst 42 Jahren. Genau wie beim Mord an seinem Bruder tappt man über die Hintergründe, die zu dieser abscheulichen Gewalttat führten, im dunkeln.

Das heikelste Erbe, das Nixon von seinem Vorgänger übernehmen musste, ist wohl der Krieg in Vietnam, der auch im Berichtsjahr weiter andauerte. Die Friedensverhandlungen in Paris gingen weiter und erstrecken sich nun bereits über ein volles Jahr. Johnson hatte versucht, die Verhandlungen zu fördern, indem er Ende Oktober die vollständige Einstellung der Bombardierungen in Nordvietnam anordnete und sich damit einverstanden erklärte, dass Vertreter des Vietcong

neben der offiziellen Regierung Nordvietnams zu den Verhandlungen zugelassen wurden. Damit erbitterte er aber die von den USA immer noch massiv unterstützten Südvietnamesen, die die Verhandlungen zu boykottieren begannen. Erst Ende November nahmen sie wieder daran teil. Da es bis heute keiner Partei gelungen ist, den militärischen Sieg zu erringen, ist keiner der Verhandlungspartner gewillt oder genötigt, dem andern entgegenzukommen. Wie daraus eine Einigung entstehen soll, ist heute noch völlig unklar. – Als Erfolg der Amerikaner im abgelaufenen Jahr darf aber das planmässige Fortschreiten ihrer Bemühungen um die Eroberung des Weltalls genannt werden. Es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, bis der erste Mensch seinen Fuss auf den Mond setzen wird. Zum erstenmal gelang es nämlich, mit einem bemannten Raumschiff den Mond zu umrunden; die für die Mondlandung vorgesehene, vom Mutterschiff mitgetragene Landefähre konnte sich mit zwei Astronauten dem Mond bis auf 15 km nähern und nachher ohne Zwischenfall vom Mutterschiff wieder aufgenommen werden.

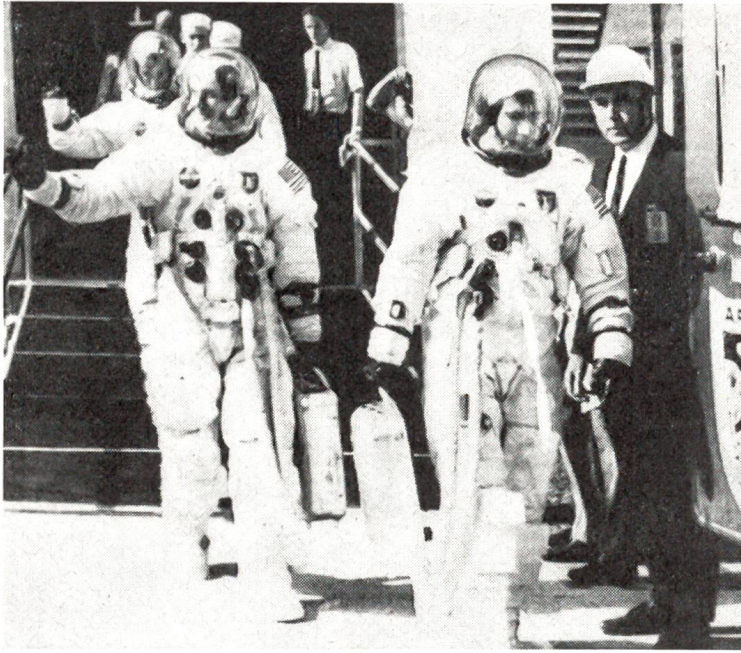
* * *

In *England* haben im Berichtsjahr weder Wirtschaft noch Regierung ihr Gleichgewicht gefunden. Noch immer scheint der Punkt nicht erreicht zu sein, von dem aus eine Gesundung und ein Wiedererstarben des früher so bedeutenden Landes möglich wäre. Die Abwertung des Pfundes, über die im letzten Bericht gesprochen wurde, erweist sich immer deutlicher als halbe Massnahme, die wirkungslos verpufft. Es will einfach nicht gelingen, die Staatsfinanzen zu sanieren. Die Verschuldung des Landes gegenüber seinen Partnern in Europa und Amerika bleibt bestehen. Die Regierung Wilson kämpft einen verzweifelten Kampf. Aussenpolitisch kam sie mit dem Rebell Ian Smith in Rhodesien nicht zu Rande, und nachdem sich auf einer weit abgelegenen Insel der Antillen, die britisches Territorium ist, eine Operettenregierung etabliert hatte, machte sich der stolze englische Löwe durch bewaffneten Einsatz von Fallschirmtruppen vor der ganzen Welt lächerlich. Auch die Bemühungen um den ersehnten Anschluss an die Europäische Wirtschaftsgemein-



Der ermordete demokratische Präsidentschaftskandidat
Robert Kennedy
Photopress-Bilderdienst, Zürich

schaft scheiterten einmal mehr, und Nigeria und Biafra sind weiter denn je von einer Befriedung entfernt. – Innenpolitisch ist das Land heute vor die Frage gestellt, ob es den Einfluss der im Geiste des letzten Jahrhunderts ihre Macht ausübenden Gewerkschaften endlich einmal brechen will. Dass es eine Labourregierung ist, eine Regierung also, die der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften besonders nahestehen sollte, die diese Schicksalsfrage zu behandeln hat, macht das Problem nicht einfacher. Vor allem sind es die zahlreichen Streiks kleiner Minderheiten, die das Wirtschaftsleben lähmen. So gelingt es immer wieder einer an Zahl völlig bedeutungslosen Gruppe von Spezialarbeitern, durch ihren



Start der Astronauten Young, Stafford und Cernan (von hinten nach vorn) zu ihrem erfolgreichen Mondflug mit dem Raumschiff Apollo 10
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Streik mit der Zeit ganze Werke lahmzulegen, weil der von ihnen verfertigte Bestandteil, durch den Streik bedingt, einfach nicht mehr hergestellt wird. Wenn auch solche Streiks häufig als sogenannte wilde Streiks, also ohne Zustimmung der Gewerkschaften, durchgeführt werden, so schwenken in der Regel die Gewerkschaften später doch auf die vorgezeichnete Linie ein. Diesen wilden Streiks entgegenzutreten hat sich nun Premierminister Wilson zur Aufgabe gemacht. Er sucht eine Handhabe, sie von Staates wegen zu bekämpfen, doch ist keineswegs sicher, ob die Regierung und namentlich die Gewerkschaften selbst ihn darin unterstützen werden.

* * *

Die Entwicklung in einigen weiteren Ländern sei nur noch kurz gestreift. In der *Bundesrepublik Deutschland* trat Bundespräsident Lübke zurück. Sein Nachfolger wurde Gustav Heinemann, der frühere Justizminister, ein Sozial-

demokrat. Einmal mehr fand die Wahl des Bundespräsidenten in Berlin statt, und zwar am 5. März. Obwohl die Sowjetunion und ihre Verbündeten vorher alle möglichen Drohungen ausgestossen hatten, was geschehen würde, wenn entgegen ihrem Willen die Wahl in Berlin stattfände, verlief der Wahltag ruhig.

Im übrigen hat die Bundesrepublik den leichten wirtschaftlichen Rückgang der Vorjahre heute überwunden, und bereits sucht man wieder Mittel und Wege, die sich abzeichnende Konjunkturüberhitzung zu dämpfen. – In der *Sowjetunion* galten die grössten Sorgen des abgelaufenen Jahres neben der unbotmässigen Tschechoslowakei dem immer gespannter werdenden Verhältnis zu Rotchina. Grenzverletzungen am Ussuri und der Streit um eine an sich bedeutungslose Insel in der Mitte dieses Grenzflusses führten zu bewaffneten Zusammenstössen

der kommunistischen Brüder. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass China auf diese Weise die Reaktionen Russlands überprüfen will; denn immer deutlicher zeigt sich, dass der Kommunismus Rotchinas mit demjenigen in Russland nichts mehr zu tun haben will. – In *Griechenland* fand Ende September die von der Militärdiktatur ausgearbeitete neue Verfassung die Billigung des Volkes. Sie ist allerdings keineswegs freiheitlich aufgebaut; von einer Presse- und Meinungsfreiheit kann z. B. keine Rede sein. Das Todesurteil, das die Machthaber über einen Demonstranten am 17. November aussprachen, führte zu einem weltweiten Protest, der bis heute die Vollstreckung des Urteils hat abwehren können. – *Israel* und *Ägypten* sind noch meilenweit von einer Verständigung entfernt. Es scheint im Gegenteil, dass der Wiederaufbau der im Sechstagekrieg vernichteten ägyptischen Armee rasche Fortschritte macht. Das ganze Jahr hindurch kam es zu Schiessereien und Artillerieduellen am Suezkanal, die zum Teil erhebliche Schäden verur-

sachten. Eine Verschärfung der Lage brachte das immer unverfrorenere Auftreten von im Dienst der Araber stehenden Guerilla-Organisationen, wie z.B. El Fatah. Neben Aktionen in Israel selber griffen diese Organisationen auch in andern Ländern israelisches Eigentum an. Erinert sei hier an den bewaffneten Überfall von vier Mitgliedern der «Befreiungsfront Palästinas» am 18. Februar auf ein Flugzeug der israelischen Luftfahrtsgesellschaft El-Al in Kloten, das den Tod des Kopiloten und fünf Verletzte forderte. Auch einer der Attentäter wurde von einem Beamten des israelischen Sicherheitsdienstes, der sich im angegriffenen Flugzeug befunden hatte, durch Pistolenschüsse niedergestreckt. In der Folge wurden auf allen Flugplätzen die Sicherheitsmassnahmen im allgemeinen und bei Start oder Landung eines israelischen Flugzeuges im besondern verschärft. Ein Ausgleich der Gegensätze zwischen Arabern und Israeli wird kaum möglich sein, und irgendwie scheint die Welt darauf zu warten, dass das Pulverfass im Nahen Osten gelegentlich wieder explodiert. Die Folgen dieser Explosion lassen sich nicht abschätzen. Es ist bloss zu hoffen, dass es auch beim nächsten Mal gelingen wird, den der Explosion folgenden Brand unter Kontrolle zu halten.

* * *

Das abgelaufene Jahr brachte der *Schweiz* im grossen und ganzen eine relativ ruhige Weiterentwicklung. Von den drei grossen Problemen, die in unseren letzten Berichten immer wieder auftauchten, nämlich der Wohnungsnot, der Teuerung und der Überfremdung, ist es gegenwärtig das letzte, das am meisten zu reden gibt. Zwar ist weder die Frage der Wohnungsbeschaffung zu vernünftigen Preisen noch die der Teuerung gelöst. Aber es sind doch an beiden Stellen Fortschritte zu verzeichnen. Das Tempo des Wohnbaus hat sich wieder beschleunigt, während der Teuerungsindex zwar immer noch steigt, aber nicht mehr in grossen Sprüngen wie noch etwa vor zwei Jahren. Waren damals über 5% Teuerung pro Jahr zu verzeichnen, so sind es für das Berichtsjahr bloss noch deren 2½. Wirtschaftsexperten sind der Ansicht, dass eine

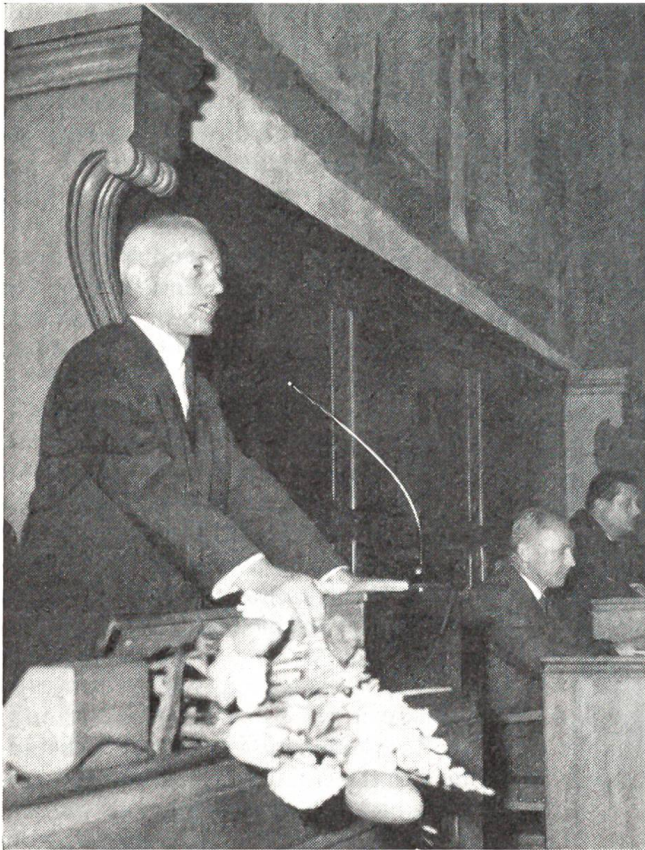
Teuerung in diesem Ausmass bei einer Vollbeschäftigung, wie wir sie nun seit Jahren kennen, unumgänglich sei. Sie sei der Preis, der für das Aufrechterhalten einer so guten Wirtschaftslage wie der unsrigen zu bezahlen sei. Immerhin deuten gegenwärtig allerlei Anzeichen darauf hin, dass die Teuerung in Zukunft wieder rascher steigen wird. Strassenbau, Ausbau der Universitäten, Ausbau der Sozialversicherung, Gewässerschutz erfordern nach wie vor gewaltige Mittel. Um all das leisten zu können, was verlangt wird, brauchen aber die Gemeinwesen, der Handel, der Verkehr und die Industrie Leute und nochmals Leute, vom Handlanger bis zum Universitätsprofessor. Ende März entfielen in der Schweiz auf rund 3 Millionen Erwerbstätige bloss 178 Ganzarbeitslose, was schlagartig zeigt, dass es überall an Arbeitskräften fehlt. Zwei Lösungen bieten sich für dieses Problem an: entweder eine möglichst weitgetriebene Automatisierung der Produktion oder die Anwerbung und Anstellung von Fremdarbeitern. Für den Ersatz der Handarbeit durch Maschinenarbeit haben denn auch im abgelaufenen Jahr unsere Produktionsbetriebe erneut grösste Anstrengungen unternommen. Solche Anschaffungen sind äusserst kostspielig. Sie erfordern Risikofreudigkeit und sorgfältige Planung, und sie müssen, einmal getätigt, voll ausgenützt werden können, wenn sie rentabel sein sollen. Zudem ist vielerorts heute diese Möglichkeit, die Produktion zu steigern, bereits erschöpft, wenn es auch immer noch Betriebe gibt, die nach grossväterlichen und längst überholten Methoden arbeiten. Der andere Weg zur Erhöhung der Produktion, die Anwerbung von Fremdarbeitern, führt direkt zu der oben aufgeworfenen Überfremdungsfrage. Trotz der vom Bundesrat erlassenen Weisungen über den Abbau des Fremdarbeiterbestandes, die den Gesamtbestand der kontrollpflichtigen Ausländer seit dem März 1965 um immerhin 17% gesenkt haben, bleibt der Anteil der Ausländer, gemessen am Gesamtbestand unserer Bevölkerung, immer noch höher als 15%; er liegt heute bei über 950 000 Personen. Im März verfügte der Bundesrat deshalb eine weitere Herabsetzung des Fremdarbeiterbestandes um 2%; denn 1968 war

erneut eine Zunahme der Fremdarbeiter um über 16000 verzeichnet worden. Das Bestreben des Bundesrates geht dahin, den erwähnten, heute erreichten Anteil von 15% nicht höher werden zu lassen. Viel weiter geht dagegen ein im Mai 1969 eingereichtes Volksbegehren zur Bekämpfung der Überfremdung, über das der Chronist im letzten Bericht bereits gesprochen hat. Die Initianten wollen den Anteil der Ausländer pro Kanton auf 10% der Bevölkerung nach den Zahlen der letzten Volkszählung festlegen. Die Tatsache, dass sie über ein Jahr gebraucht haben, um etwas über 70000 Unterschriften zu sammeln, lässt darauf schliessen, dass ihre Bestrebungen nicht gerade grosses Echo finden. Dennoch wird uns die Diskussion über diese unsinnige Initiative, die, würde sie angenommen, unserer Wirtschaft kaum mehr gutzumachende Schäden zufügen würde, höchst unerfreulich werden. Denn ob man es wahrhaben will oder nicht: ein untergründiges Misstrauen gegen die Ausländer, teils sogar ein richtiger Fremdenhass, ist in der Schweiz unbestreitbar vorhanden, nicht zuletzt in jenen Kreisen, die sehen, dass diese Ausländer zu einem guten Teil pflichtbewusste, tüchtige und arbeitsame Leute sind, pflichtbewusstere, arbeitsamere und tüchtigere, als sie selbst es sind.

* * *

Im vergangenen Jahr haben sich zum erstenmal seit vielen Jahren in der Schweiz Krawalle ereignet, die viele Bürger nicht für möglich gehalten hätten. Unter dem Eindruck der im letzten Bericht geschilderten Unruhen und Strassenkämpfe im Ausland, vor allem in Deutschland, Frankreich und Italien, kam es Ende Juni 1968 in Zürich zu Ausschreitungen. Wie meist in solchen Fällen war der Vorwand an den Haaren herbeigezogen: Zürich muss ein Jugendhaus haben. Zwar besteht seit langem eine solches, aber es genügte tatsächlich den Anforderungen nicht mehr. Diese Tatsache wurde zum Anlass genommen, das sogenannte Globusprovisorium, ein damals leerstehendes Gebäude im Zentrum der Stadt, für diesen Zweck zu verlangen. Mit der Begründung, die Stadtverwaltung sei nicht in der Lage, rasch ein neues

Jugendhaus zu schaffen, wurde dem Gemeinderat ein Ultimatum gestellt. Falls er nicht zustimme, so würden die Räumlichkeiten von Jugendlichen gestürmt und besetzt. Zu Recht liess sich der Gemeinderat nicht ins Bockshorn jagen und lehnte das Ultimatum ab, nicht ohne die rasche Schaffung eines Jugendhauses andernorts zu versprechen. Unter der Führung von berufsmässigen Aufwieglern, an deren Spitze ein kommunistischer Kantonsrat und einige verschrobene Soziologiestudenten standen, kam es dann zu einem Kampf um das Globusprovisorium, das von der Polizei mit Wasserwerfern geschützt wurde. Grossen Anteil am entstehenden Krawall hatten vor allem auch Hunderte von Neugierigen, die sich trotz wiederholter Aufforderungen der Polizei, die Strasse zu räumen, das Schauspiel nicht entgehen lassen wollten. In den Prügeleien gab es auf beiden Seiten Verletzte. Die Polizei griff nicht mit Samthandschuhen zu und überschritt in der Hitze des Gefechts bestimmt auch das zulässige Mass an Gewaltanwendung. Dass es sich bei den Wortführern keineswegs um Leute handelt, die auf demokratischem Weg bestehende und unbestrittene Mängel ausrotten wollen, zeigte sich ein halbes Jahr später, anfangs Januar, in Luzern. Hier war ein junger Mann, der seine Familie wie ein Tob-süchtiger bedroht hatte, von der Polizei abgeführt worden und auf dem Polizeiposten gestorben. Das war das Signal, die Polizei für den Todesfall verantwortlich zu machen und einen neuen Krawall vom Zaun zu reissen, an dem sich die erwähnten Zürcher Aufwiegler mit Wonne beteiligten. Die Polizei verhielt sich vorbildlich und beschränkte sich darauf, die tobende Menge am Eindringen in die Polizeikaserne zu hindern. Die Untersuchung des Todesfalls ergab einwandfrei, dass sich der junge Mann selber vergiftet hatte. – Ende Januar erfolgten im Zeitraum von einer Woche zwei schwere Sprengstoffanschläge gegen das Polizeigebäude und das Stadthaus in Zürich, die zum Glück nur Sachschaden verursachten. Schliesslich kam es auch in Bern Mitte April zu einem Krawall, als die griechische Botschaft den Tag der Machtübernahme durch die Militärregierung in Griechenland feiern wollte, obschon die Stadtbehörden dringend abgeraten hatten, diesen Anlass durchzuführen. Erfreulicherweise wurde



Regierungsrat Dewet Buri bei seiner Abschiedsrede im
Grossen Rat
Foto W. Nydegger, Bern

der schon erwähnte kommunistische Zürcher Kantonsrat, der zu diesem Zweck nach Bern gereist war, um die Demonstration zu leiten, von der Polizei in Gewahrsam gehalten, bis der Radau vorüber war. – Es wäre falsch, diese Krawalle zu unterschätzen. Ganz eindeutig sind sie nämlich von Kreisen gesteuert, denen es nicht um das jeweils gerade im Brennpunkt stehende Geschehnis geht, sondern darum, die Autorität zu untergraben und Misstrauen zu säen gegen alles, was im Rechtsstaat Ruhe und Ordnung aufrechterhält: Gegen die Polizei, gegen das Rechtswesen, gegen die Behörden im allgemeinen, gegen das Militär. Die Dienstverweigerungen und das Verbrennen von Militäreffekten, die auch im Berichtsjahr stattfanden, gehören in das gleiche Kapitel.

Wenn es sich hier auch im Vergleich zu der Anzahl der Militärdienstleistungen in der Schweiz um einen winzigen Promillesatz, also um Einzelfälle, handelt, so wirken sie doch, nicht zuletzt durch die Publizität, die ihnen die Sensationspresse und das Fernsehen bereitwillig und im falsch verstandenen Recht des Bürgers auf Orientierung gewähren.

* * *

Schweizervolk und Bernervolk wurden im abgelaufenen Jahr durch Abstimmungen und Wahlen nicht stark beansprucht. Es fanden nämlich kein einziger eidgenössischer und bloss drei kantonale Urnengänge statt. Am 29. September stimmte das Bernervolk zwei Vorlagen zu, die es dem Kanton ermöglichen sollten, seine arg durcheinandergeratenen Finanzen wieder zu sanieren. Der sehr subventionsfreudige Grosse Rat hatte es nämlich in den Vorjahren verstanden, so vielen Begehren um Kantonshilfe und Subventionen zu entsprechen, dass schliesslich über 75% aller Einnahmen des Kantons schon zum voraus auf Grund gesetzlicher Bestimmungen verteilt werden mussten. Dass die verbleibenden knapp 25% nicht mehr genügte, um die vielfältigen anderen Aufgaben zu lösen, liegt auf der Hand. Mit der Annahme des

Gesetzes über den Finanzhaushalt und die Abänderung von Beitrags- und Abgabevorschriften einerseits und des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates Bern andererseits sollte nun der Kanton wieder in der Lage sein, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Neuregelung der Kantonsfinanzen belastet allerdings die Gemeinden viel stärker als bisher, doch lässt sich das verantworten. Einmal ist die Finanzlage der Gemeinden besser als diejenige des Kantons, und zum andern ist es auf Gemeindeebene wohl einfacher zu sparen als im grossen Verband des Kantons. Beide Gesetze erhielten recht starke Gegnerschaft, das eine wurde mit rund 44000 Ja gegen 39000 Nein, das andere mit rund 49000 Ja gegen 33000 Nein angenommen. – Der 1. Dezem-



Neu gewählt: Regierungsrat Ernst Blaser (links) und Staatschreiber Rudolf Stucki leisten den Amtseid.
Foto W. Nydegger, Bern

ber brachte drei Sachvorlagen, nämlich den Bau einer psychiatrischen Beobachtungsstation in Röhrswil bei Bolligen, den Neubau der landwirtschaftlichen Schule Schwand bei Münsingen und den Umbau des Amthauses und Neubau des Bezirksgefängnisses in Delsberg. Die Vorlagen waren unbestritten, und nur bei den Bauten für Delsberg regte sich eine etwas grössere Opposition. – Reich befrachtet war der Abstimmungstermin des 4. Mai. Neben dem Gesetz über die konzessionierten Transportunternehmungen, dem Beschluss über die Erhöhung des Kapitals der BKW und dem Neubau des Chemischen Institutes der Universität in Bern wurden zwei grundlegende Gesetze angenommen, das Gewerbegesetz und

das Gesetz über die Berufsbildung. Am selben Wochenende fand aber auch eine Regierungsratswahl statt. Unbestritten war, dass die BGB den durch den Rücktritt des langjährigen und verdienten Regierungsrates Dewet Buri freigewordenen Sitz beanspruchen konnte. Erstmals in der Geschichte der Regierungsratswahlen entschloss sich die Partei, dem Volk einen Doppelvorschlag zu präsentieren, in der Hoffnung, das Interesse an der Wahl und die Stimmbeteiligung dadurch zu erhöhen. Diese Überlegung erwies sich aber als falsch, denn bloss 26,9% der Stimmberechtigten gingen zur Urne und wählten als neuen Regierungsrat Ernst Blaser aus Zäziwil, den Parteisekretär der BGB. Es scheint, dass das Volk nur dann gewillt ist, in grösseren Massen aufzumarschieren, wenn der Kampf um einen Sitz durch Kandidaten verschiedener Parteien geführt wird.

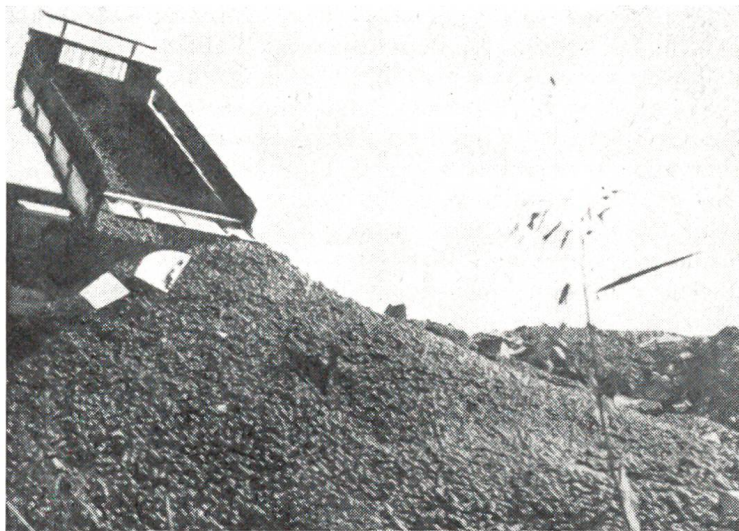
* * *

Im Zusammenhang mit den Abstimmungen darf einmal mehr auf das Frauenstimmrecht aufmerksam gemacht werden. Bekanntlich ist es durch das Gesetz vom 18. Februar 1968 den Berner Gemeinden gestattet, das Frauenstimmrecht einzuführen. Von den 492 Gemeinden, die es im Kanton Bern gibt, haben bis heute deren 178 von dem neuen Recht Gebrauch gemacht, und zwar 116 im Jura und 62 im deutschsprachigen Kantonsteil. Das Gesetz war seinerzeit in 160 Gemeinden angenommen worden, so dass heute also auch schon Gemeinden das Frauenstimmrecht eingeführt haben, die ihm vor einem Jahr noch feindlich gesinnt waren. Eindeutig haben diejenigen Kreise recht erhalten, die von der Einführung des Frauenstimmrechtes keine grossen politischen Veränderungen erwartet haben. Es hat sich im übrigen gezeigt, dass dadurch auch die Stimmbeteiligung nicht grösser geworden ist. Allem Anschein nach gibt es ungefähr gleich viel politisch gleichgültige Frauen wie Männer, so dass alles in allem die Verhältnisse in den Gemeinden so stabil geblieben sind wie bisher. Interessant ist es auch

festzustellen, dass dort, wo die Frauen stimmen können, der Reiz des Neuen bald abklingt und man schon nach einer oder zwei Abstimmungen die Mitwirkung der Frauen als absolut selbstverständlich ansieht. Damit dürfte bald einmal der Moment gekommen sein, in dem man daran gehen darf, das Frauenstimmrecht auch auf kantonaler Ebene zu verwirklichen. Es gibt heute tatsächlich keinen vernünftigen Grund mehr, den Frauen das Stimmrecht vorzuenthalten. Die eine oder andere Gemeinde, die sich in starkem Wachstum befindet, wird allerdings die althergebrachte und an sich schöne Einrichtung der Gemeindeversammlung aufgeben und sie durch einen Grossen Gemeinderat ersetzen müssen. Es gibt nach den Resultaten der Volkszählung wesentlich mehr Frauen als Männer, so dass sich durch die Einführung des Frauenstimmrechtes die Zahl der Stimmberechtigten mehr als nur verdoppelt; das führt dazu, dass in grösseren Gemeinden bei einer einigermaßen hohen Stimmbeteiligung keine genügend grossen Lokale für die Durchführung einer Gemeindeversammlung mehr vorhanden sind.

* * *

Werfen wir nun auch noch einen Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz. Die *Landwirtschaft* bereitete auch im abgelaufenen Jahre Sorgen. Der nasskalte Sommer des Jahres 1968 brachte grosse Verluste bei der Getreidernte. In gewissen Landesteilen konnten bis 60% der Ernte an Brotgetreide nur noch als Futter verwendet werden. Dafür brachte das Wallis wieder enorme Ernten an Tomaten, Aprikosen und Birnen. Es scheint kaum mehr ein Jahr zu vergehen, in dem die Walliser Produzenten für den Absatz ihrer Früchte nicht vom Bund unterstützt werden müssen. So wurden vom Bundesrat z.B. allein für die Propaganda für Birnen Fr.100000.- zur Verfügung gestellt. Wie eigenartig in der Landwirtschaft oft ge-



Immer wieder Überschuss an Früchten im Wallis.
70 Tonnen Tomaten mussten im Herbst 1968 vernichtet werden.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

fuhrwerk wird, geht aus dem Beispiel der Zwiebeln hervor. Hier gelang es im Berichtsjahr nicht, die riesigen Lager zu verwerten, weil im Vergleich zum Vorjahr rund 37% mehr angebaut wurden! Auch die Sorgen mit der Milchproduktion dauern an, obschon es nun doch gelungen ist, die Milcheinlieferungen Ende des letzten und anfangs des laufenden Jahres zu senken. Damit konnte vermieden werden, die angeordnete Kontingentierung der Milchübernahme in Kraft zu setzen, über die der letzte Bericht sich ausgesprochen hat. Aufsehen erregte die Meldung, dass in Amerika die Qualität des Schweizer Käses beanstandet worden war. Man hatte darin Rückstände von giftigen Schädlingsbekämpfungsmitteln gefunden, und zwar in einer Menge, die der menschlichen Gesundheit abträglich ist. Der Bundesrat reagierte rasch und erliess ein Verbot der Verwendung gewisser besonders giftiger Spritzmittel. – Über die *industrielle Entwicklung* haben wir oben im Zusammenhang mit der Fremdarbeiterfrage schon gesprochen. Hier soll nur noch erwähnt werden, dass die enorme Konkurrenz aus dem Ausland viele schweizerische Betriebe zu gewaltigen Anstrengungen zwingt und dass es sich nicht ver-

meiden lässt, Althergebrachtes über Bord zu werfen. So kam es im Berichtsjahr zu Fabrik-schliessungen, was in einer blühenden Wirtschaft auf den ersten Blick paradox erscheint. Gerade aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit wird es aber auch in Zukunft nicht zu umgehen sein, dass gewisse Betriebszweige oder ganze Betriebe nicht mehr weitergeführt werden können. Das bringt wohl in Einzelfällen Härten für die betroffenen Arbeitnehmer, namentlich die ältern, mit sich. Dank der guten Wirtschaftslage ist es aber in der Regel möglich, alle freiwerdenden Kräfte sofort neu einzusetzen. Die überraschendste Schliessung war wohl diejenige der Hug-Schuhfabriken in Herzogenbuchsee und Kreuzlingen, die Ende Oktober bekannt wurde und von der rund 800 Personen betroffen wurden. Daneben wurden auch einige kleinere Betriebe geschlossen, so z.B. Giessereien in Ostermundigen, Dulliken und in der Ostschweiz. Offensichtlich nimmt auch die Tendenz zu, kleinere Betriebe zusammenzulegen, um damit grössere, rationeller zu führende Einheiten zu erhalten. Namentlich in der Exportindustrie ist dieser Vorgang bald an der Tagesordnung, denn mit den Riesenunternehmungen des Auslandes verglichen sind Betriebe, die bei uns schon als recht gross gelten, immer noch Zwerge. So übernahm Sulzer in Winterthur nach der Grossfirma Escher-Wyss in Zürich auch die Maschinenfabrik Burckhardt in Basel, einen Betrieb mit rund 500 Beschäftigten, und neuerdings spricht man sogar von einem Zusammenschluss zweier unserer grössten Industriebetriebe auf dem Gebiet der Chemie, der Ciba und der Geigy in Basel. – Zu den Wirtschaftsnachrichten gehört auch ein Hinweis auf den sogenannten Bührle-Skandal. Im Spätherbst wurde bekannt, dass sich in der Waffenfabrik Bührle in Oerlikon unerlaubte Machenschaften ereignet hätten. Die Waffenausfuhr unterliegt der Kontrolle durch den Bundesrat; es gilt dabei als oberstes Gesetz, dass keinerlei Waffen in Gebiete geliefert werden, in denen Unruhen oder Kriege im Gang sind. Eine Waffenausfuhr nach Nigeria wäre deshalb unter keinen Umständen bewilligt worden. Das wussten Bührles Leute und fälschten deshalb mit Helfershelfern die sogenannten Endverbrau-

chererklärungen. So wurde die Ausfuhr nach Nigeria möglich, was zur Folge hatte, dass die Schweiz gleichsam mit der linken Hand über das Rote Kreuz in Biafra die Nöte der unter dem Krieg schwer leidenden Zivilbevölkerung zu lindern suchte und mit der rechten Hand Nigeria die für denselben Krieg bestimmten Waffen lieferte. Als die Sache aufflog, wurden die führenden Leute verhaftet und gegen andere, wie auch gegen Bührle selbst, eine Untersuchung eingeleitet. Dieser Skandal führte ferner zur Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative, die ein absolutes Waffenausfuhrverbot erstrebt. Das wäre wiederum für unsere Rüstungsindustrie ausserordentlich unangenehm, denn sie kann von den relativ wenigen und kleinen Rüstungsaufträgen der Eidgenossenschaft allein nicht leben. Für die Bedürfnisse unserer Armee sind wir aber dringend auf eine eigene und leistungsfähige Rüstungsindustrie angewiesen. Es ist sehr zu bedauern, dass durch das verwerfliche, verantwortungslose und kurzsichtige Tun einiger weniger führender Leute diese ganze Diskussion heraufbeschworen wurde.

* * *

Einige Worte sollen noch den Sportereignissen gewidmet werden. Bedeutendster Anlass waren im Berichtsjahr die Olympischen Sommerspiele in Mexiko, die von einer Schweizer Delegation von 93 Teilnehmern besucht wurden. Der Segler Noverraz kehrte mit einer Silbermedaille zurück. Es reichte ferner zu vier Bronzemedailles, und zwar für den Schützen Kurt Müller im Stutzer-Dreistellungsmatch, für den Radfahrer Kurmann, für die Dressurreiterequipe Chammartin, Fischer und Marianne Gossweiler und für den Vierer mit Steuermann im Rudern. Bereits spricht man nun von den Olympischen Winterspielen des Jahres 1976, um die sich im Berichtsjahr verschiedene Schweizer Orte beworben haben. Es hat sich nämlich gezeigt, dass von solchen Riesenveranstaltungen nicht nur der veranstaltende Ort, sondern die ganze Umgebung profitiert. So wäre z.B. heute das Strassennetz um Lausanne herum wohl kaum so gut, wenn Lausanne nicht 1964 die Expo

durchgeführt hätte. Der Bund hat eine Beteiligung an den Kosten der Durchführung einer Olympiade in Aussicht gestellt. Man rechnet mit einem Betrag von etwa 35 Millionen Franken. Bewerber waren ursprünglich St. Moritz, Davos, Sitten, Zürich und das Berner Oberland. Die beiden Bündner Orte haben ihre Kandidaturen dieses Frühjahr zurückgezogen, und der Gemeinderat der Stadt Zürich hat negativ entschieden. Immerhin hat sich dort ein Initiativkomitee gebildet, das eine provisorische Anmeldung an das Schweizerische Olympische Komitee eingereicht hat. Man will erreichen, dass sich das Volk in Zürich noch zu der Frage äussern kann, ob eine Olympiade in Zürich, zusammen mit dem Kanton Schwyz, durchgeführt werden soll. Es bleiben als aussichtsreiche Kandidaten gegenwärtig noch Sitten und das Berner Oberland im Rennen, die beide ihre Kandidaturen fristgerecht eingereicht haben.

* * *

Auch im abgelaufenen Jahr blieb die Schweiz von grösseren Unglücksfällen nicht verschont. Am 24. Juni stiessen im Wallis zwischen Sitten und St-Léonard ein Güterzug und ein Personenzug in voller Fahrt zusammen; zwölf Tote und über 100 Verletzte mussten aus den Trümmern geborgen werden. Am 9. Oktober ereignete sich in Zürich ein Hotelbrand, dem zehn Gäste und Angestellte zum Opfer fielen. Im Kanton Schwyz verschüttete ein Erdschlipf Ende März die Strasse ins Wägital. Vier Personen konnten sich aus den rutschenden Massen nicht mehr befreien und fanden den Tod. Es dauerte mehrere Wochen, bis die Strasse wenigstens provisorisch auf dem andern Ufer des Flusses wieder geöffnet



Im Mai 1969 besuchte der österreichische Bundespräsident Jonas die Schweiz. Hier die Ankunft der Gäste auf dem Flugplatz Belpmoos.
Foto W. Nydegger, Bern

werden konnte. Der 8. April brachte Trauer über die aargauische Gemeinde Dottikon: eine riesige Explosion in der dortigen Sprengstofffabrik forderte das Leben von 18 Menschen. Schliesslich sei noch die Tat eines PTT-Angestellten erwähnt, der am 22. Februar in der Telefonzentrale Hottingen in Zürich Feuer legte, um gegen die seiner Meinung nach ungerechte Behandlung zu protestieren, die ihm seitens seiner Vorgesetzten zuteil geworden war. Er zerstörte damit rund 30000 Telephonanschlüsse, darunter diejenigen von zehn Spitälern. Trotz enormer Anstrengungen der PTT, die Reparaturequipen aus der ganzen Ostschweiz zusammenzogen, welche Tag und Nacht an der Arbeit waren, dauerte es Monate, bis alle betroffenen Abonnenten wieder ihren Telephonanschluss hatten. Nicht zuletzt im Hinblick auf einen eventuellen Krieg gab dieser Vorfall zu denken; denn wenn es einem Mann mit einem Kanister Benzin und ein paar Putzfäden gelingt, wichtige Telephonverbindungen auf Monate hinaus lahmzulegen, wie würden dann unsere Verbin-

dungen z.B. nach einem Luftangriff oder einem Sabotageakt aussehen?

* * *

Auch dieses Jahr wieder seien zum Schluss einige Begebenheiten stichwortartig notiert, die dem Chronisten erinnerenswert erscheinen. Der 1. Oktober 1968 wird als der Tag der Einführung des Farbfernsehens in der Schweiz gelten müssen. Seither haben sich schon recht viele Abonnenten trotz der gegenwärtig noch hohen Kosten einen Farbfernsehapparat angeschafft. Ob wohl die Entwicklung auch so sprunghaft vor sich gehen wird wie beim Schwarzweissfernsehen? Am 11. Dezember gab es in unserem Lande nämlich bereits eine Million Fernseh-abonnenten, nachdem deren Zahl noch 1959 erst 79000 betragen hatte. – Im November 1967 war mit enormem Propagandaaufwand eine neue Schweizer Tageszeitung aus der Taufe gehoben worden, die «Neue Presse». Die Zeitung versuchte, auf der einen Seite als typisches Boulevardblatt die grossen Massen anzuziehen, bemühte sich aber andererseits auch, dem kulturell interessierten Leser etwas zu bieten. Diese zweifache Zielsetzung wurde ihr zum Verhängnis; sie erreichte nie eine kostentragende Auflage, und am 25. Februar 1968 wurde sie von ihren Verlegern, dem «Tagesanzeiger» in Zürich und der «National-Zeitung» in Basel, nach Millionenverlusten von einem Tag auf den andern aufgegeben. – Die SBB entschlossen sich im November, für AHV-Rentner ein Halbtaxabonnement zu Fr. 50.– pro Jahr anstatt zu Fr. 290.– auszugeben. Nachdem es kurz darauf aus Kreisen Unzufriedener hiess, die Geste sei nicht generös genug, da für die alten Leute auch Fr. 50.– noch zuviel seien, strafte diese die ewigen Meckerer Lügen: schon nach zwei Monaten konnten nämlich die SBB melden, dass bereits 100000 Rentner ein Abonnement gekauft hätten, und heute beträgt die Zahl schon 211000! Um bei den SBB zu bleiben und mit ihnen den diesjährigen Bericht abzuschliessen: Ende November wurde die letzte Dampflokomotive von den Bundesbahnen aus dem Betrieb genommen, womit die Romantik des Dampfbetriebes auf dem Netz unserer Staatsbahnen ihr Ende genommen hat.

AUS DER WELT DES SCHNUPFENS

Der *Amerikaner* konsumiert einen riesigen Berg von Vitamin C und Penicillin, lässt sich mit dem Flugzeug auf 5000 Meter Höhe bringen – und ist vielleicht nach vier Stunden von seinem Schnupfen geheilt.

Der *Engländer* wartet geduldig, bis das Übel von selber aufhört.

Der *Schweizer* kauft sich zwei Dutzend Papiertaschentücher und eine Flasche Rhum – und arbeitet selbstverständlich weiter.

Der *Finnländer* geht kurzentschlossen zu einer Schwitzkur in die Sauna – und erkältet sich auf dem Heimweg von neuem.

Der *Franzose* leidet entsetzlich und lässt es die Umwelt ausführlich wissen.

Der *Italiener* schreitet trotzdem zur Oper und begleitet mit heiserem Gesumme den Bass statt den Tenor.

Der *Grieche* niest mit besonderem Vergnügen dem Türken mitten ins Gesicht.

Der *Südamerikaner* verschiebt seine Revolution auf die nächste Woche.

Der *Spanier* kann selbst beim Niesen nur mit hoherhobenem Kopf einherstolzieren.

Der *Schwede* empfängt seine Gäste trotzdem und hängt ihnen seinen Schnupfen an.

Der weltoffene *Deutsche* aber verschluckt ein Dutzend Medikamente – wie der Amerikaner –, arbeitet verbissen weiter – wie der Schweizer – und infiziert die ganze Umgebung – wie der Schwede.
Hatschi!!! – – – Max Huber

Wichtig für den Tulpenpflanzer

Leider bringt des öfters das Tulpenpflanzen arge Enttäuschungen, indem die im Herbst gesteckten Tulpen im darauffolgenden Frühling nurmehr kümmerlich oder gar nicht austreiben.

Dieses Verschwinden oder nur kümmerliche Austreiben der Tulpen ist dem Tulpenpilz zuzuschreiben, welcher die Tulpenzwiebeln im Boden über den Winter zerstört. Mit dem seit Jahrzehnten bewährten Brassicol kann diese Krankheit einwandfrei verhütet werden, wobei die Anwendung dieses Streupulvers unmittelbar beim Tulpenstecken vorgenommen wird. In allen Fachgeschäften erhältlich.
Ln